

Proklamation Deutsches Reich

Protokoll zur Wiederherstellung Handlungsfähigkeit – Wahl Reichskanzler – Ernennung der Reichsminister

Aus gegebener Veranlassung haben die Unterzeichner am heutigen elften Tag am zwölften Monat des Jahres Zweitausendsechzehn - 11. Dezember 2016 – mit der Aufstellung der Übergangsregierung– Kabinett die Handlungsfähigkeit des deutschen Reiches wiederhergestellt.

Begründung:

Das Deutsche Reich hat den Zusammenbruch von 1945 überdauert und ist weder mit der Kapitulation der Streitkräfte des 3. Reiches von Adolf Hitler, Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen und besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist aber mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) mit Wortmarke Deutschland ist NICHT Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches.

Beweis Urteil Bundesverfassungsgericht- Zitat: „Es wird daran festgehalten (vgl. z. B. BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <126>), dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, sondern als Staats-Fragment identisch mit dem Staat "Deutsches Reich", - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings "teilidentisch".

Beweis Urteil Internationaler Gerichtshof in Den Haag: Mit dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 03.02.2012 entschied dieser u.a., dass die Staaten Griechenland und Italien nicht auf die Bundesrepublik in Deutschland zugreifen können, da die „Bundesrepublik Deutschland“ nicht der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches ist.

Das Urteil aus dem ISTGH (Internationaler Strafgerichtshof) Den Haag vom 03.02.2012 bestätigt damit die Zuständigkeit des Deutschen Reichs und nicht die Zuständigkeit der "Bundesrepublik Deutschland" mit ihrer Finanzagentur GmbH, (HRB 51411), wobei die vermeintlichen BRD-Ämter, Behörden, Dienststellen, Gerichte und Verwaltungen u. a. bei dnb.com mit eigenen Umsatzsteuernummern gelistet sind. Nach Offenkundigkeit dürfen Gesetze von nicht staatlichen BRD-GmbH Ausnahme- und Sondergerichten (vgl. § 15 GVG) die auf altem Nazigesetz fußen und somit gegen das gültige Besatzungsrecht, gegen die Völker – und Menschenrechte verstoßen, überhaupt keine legitime Anwendung finden. Durch Verfassungswidrigkeit des BRD- Wahlgesetzes ist seit 1956 in Deutschland kein verfassungsgebender Gesetzgeber am Werk.

Kernaussagen über die Bundesrepublik Deutschland:

1. Die BRD hat kein Staatsvolk.
2. Unsere Staatsangehörigkeit ist laut RuStAG 1913 die Heimatangehörigkeit in den Bundesländern des Deutschen Reiches. (Deutschland)
3. Die BRD hat ihre Staatsgrenzen nicht eindeutig definiert.
4. Die BRD hat keine legitimierte Staatsgewalt.
5. Die BRD ist kein Staat im völkerrechtlichen Sinne.

Alle Beweise befinden sich auf der Webseite www.staatenlos.info

Weitere gesetzliche Grundlagen: 1 Staatsgründung State LoveUN Resolution 56/83 Kapitel 2, Artikel 9

Verhalten im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen für das betroffene Volk.

Das Verhalten einer Person oder Personengruppe ist als Handlung eines Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten, wenn die Person oder die Personengruppe im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen faktisch hoheitliche Befugnisse ausübt und die Umstände die Ausübung dieser Befugnisse erfordern.

Erklärung zur Bundesrepublik Deutschland:

1.) Betrug BRD-DDR - Einigungsvertrag 3. Oktober 1990:

Grundsatz: „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft“ Nachweis u. a. Urteil Bundesverfassungsgericht BVerfG E 3, 288 (319f); 6, 309 (338,363))

2.) Am 17. Juli 1990 ist die Fremdverwaltung *Bundesrepublik Deutschland* (BRD) in Deutschland vom 23. Mai 1949 durch ersatzlose Streichung des räumlichen Geltungsbereiches, Artikel 23 der Besatzungsordnung "Grundgesetz (GG) für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949" weggefallen.

Das bedeutet: Mit dem Eintritt der Tageswende vom 17. Juli 1990 zum 18. Juli 1990, 0.01 Uhr, ist damit das bisherige Besatzungsorgan *Bundesrepublik Deutschland* mitsamt dem alliierten Militär- Grundgesetz, wie alle sonstigen Militärbefehle, z. B. auch alle Bundesländer des Besatzungsorgans Bundesrepublik Deutschland, staatsrechtlich de jure erloschen.

Juristisch praktisch wirksam wurde diese Streichung am 29. Juli 1990 –

Beweis: BGBl II, Seite 885/890, vom 23. September 1990.

Proklamation Deutsches Reich

3.) An diesem 17. Juli 1990 nahmen sich die vier Alliierten (Hohe Hand) aus dem Völker- und somit dem Besatzungsrecht der Haager Landkriegsordnung selbst heraus, gaben Deutschland = das *Deutsche Reich* in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 vollständig frei.

Die Deutschen Menschen und Rechtsträger des Rechtsobjekts *Deutsche Reich* waren 1990 gefordert die Staatlichkeit in Deutschland wieder zu errichten, was aber durch Täuschung verhindert worden ist.

4.) Die alte BRD I fusionierte am 3. Oktober 1990 mit der DDR zur BRD II -
Beweis: Einigungsvertrag vom 31. August 1990

Es wurde eine neue Bundesrepublik in Deutschland gegründet mit einem geänderten Grundgesetz – Basic Law II

5.) In der Folge der vorgenannten Schritte wurde auf Veranlassung der Alliierten Mächte zum 03. Oktober 1990 bei der UN die alte BRD I vom 1949 mit der UN-Länderkennziffer 280 sowie die DDR mit der UN Länderkennziffer 278 gestrichen.

Neu eingetragen wurde das freigegebene deutsche Gebiet mit der Bezeichnung *Deutschland/Germany* unter der neuen UN- Länderkennziffer 276.

Die alte Bundesrepublik Deutschland, wie die Deutsche Demokratische Republik wurden damit juristisch nichtig.

Die neue BRDII übernahm einfach stillschweigend die Verwaltung von Deutschland.

Diese neue Treuhand-Verwaltung/ BRD- Nachfolgeorganisation wird ab dem 3. Oktober 1990 unter der Bezeichnung *Deutschland* geführt.

6.) Durch doppelte Aufhebung wurde daraufhin der alliierte Vorbehalt (Besatzungsrecht) in Deutschland wieder eingeführt. (juristischer Trick)

– Beweis: Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (2. BMJBBG) vom 23.11.2007

Geltung ab 30.11.2007 Artikel 4 Gesetz vom 23.11.2007 BGBl. I S. 2614

Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts (BRBG)

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht § 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht § 3 Folgen der Aufhebung

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht

(1) Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), werden aufgehoben, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 103).

§ 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht

Es werden aufgehoben: 1. das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1), 2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2), 3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und 4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

§ 3 Folgen der Aufhebung

Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages fort.

Dazu zählen u. a. die Entnazifizierungsvorschriften aus alliierten SHAEF & SMAD, weil alle Deutschen und eingebürgerten Migranten bis zum heutigen Tag mit der *Deutschen Staatsangehörigkeit*/ *DEUTSCH* vom 5. 02. 1934 gegen ihren Willen juristisch nazifiziert sind – Beweis Artikel 139 GG für die BRD – und die Übernahme der Kriegsfolgen und Besatzungskosten – Artikel 120 GG für die BRD

7.) Die deutsche Nazi Kolonie hält bis heute das *Deutsche Reich* unter internationaler Täuschung im § 270 StGB Rechtsverkehr analog § 263 StGB Betrug mit praktizierten Gewohnheitsrecht okkupiert.

Die notwendige Aufklärung der getäuschten deutschen Bevölkerung, der internationalen Weltgemeinschaft und die notwendige Referenden zur Befreiung von Deutschland werden durch die zu einfachen Firmen privatisierte BRD – Treuhandverwaltung verhindert.

8.) FOLGEN:

- illegale staatsrechtliche/ juristische Weiterführung des 3. Reiches von Adolf Hitler
- Blockade und Sabotage der zwingend notwendigen Friedensverträge zur endgültigen Beendigung des 2. Weltkrieges
- weltweit drittgrößter Rüstungshersteller & Exporteur
- Systematische Provokation zur Völkerwanderung durch Kriegstreiberei

Proklamation Deutsches Reich

- (geheime) Installation des islamischen Staates - ISIS in Deutschland
- damit Förderung von Krieg und Terrorismus

Beseitigung der rechtstaatlichen Ordnung in Deutschland durch:

- vollständige Abwesenheit - Ausfall staatlicher Stellen/ für das betroffene *deutsche Volk*
- BRD = Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH / HRB 51411 ist laut dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kein rechtmäßiger Staat EGMR 75529 / 01, 8.06.2006
- Eintrag der BRD- Germany, BUND und diversen Ministerien im UN- Register als Nichtregierungsorganisation - NGO
- Auflösung der staatlichen Strukturen durch die illegale Privatisierung aller ehemals staatlicher Stellen zu einfachen Firmen mit Inkassostrukturen gegen das deutsche Volk
- Komplettausfall der Schutz- und Sicherheitsorgane (Polizei) für die Bevölkerung in Deutschland (Beispiel Köln und andere Großstädte usw.)
- Mandat zum Einsatz der Bundeswehr gegen die Bevölkerung in Deutschland
- extreme politische Verfolgung der Opposition

Verletzung der Würde des Menschen durch:

- Beseitigung der Menschenrechte/ Grundrechte in Deutschland
- fortlaufend feindseliges Verhalten der BRD und deren Organe gegen die deutsche Bevölkerung, Menschengruppen und Menschen in Deutschland
- Schaffung Staatenlosigkeit der Bewohner in Deutschland durch Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit– Entzug aller Rechte der Betroffenen Bevölkerung
- verbotene Ausnahmegerichtbarkeit – politische Standgerichte in Deutschland
- Nichtigkeit der Wahlen mangels ausreichender Wahlbeteiligung, durch Wahlbetrug mittels gezielter Falschinformation, Manipulation und ungültiger Überhangmandate, Meineid auf die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ von Adolf Hitler, Meineid auf vorgebliche „Verfassungstreue“ (in Wahrheit Regimetreue zum weitergeführten 3. Reich)
- Entzug des Selbstbestimmungsrechts der Menschen/ der deutschen Völker in Deutschland
- Misswirtschaft und Missmanagement des vom Volke erschaffenen Kapitals
- Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen
- vorsätzliche Schaffung von Armut, Notstände und allgemeiner Ausnahmezustand
- akute und unmittelbare Gefährdung der gesamten Bevölkerung in Deutschland
- Täuschung aller Staaten der Welt – Straftatbestand § 270 StGB Betrug und weitere.

Damit liegt Verstoß gegen Artikel 20 Grundgesetz Absatz 1- 3 vor:

Grundgesetz

II. Der Bund und die Länder (Art. 20 - 37)

Art. 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Damit greift Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz für die BRD für die existenziell betroffene Bevölkerung und zwingende Notwendigkeit des Eingreifens der Hohen Hand – Anti Terror- Allianz – der internationalen Weltgemeinschaft in Deutschland.

Weiter greift auch der § 34 StGB für die betroffenen Menschen in Deutschland:

Strafgesetzbuch

Allgemeiner Teil (§§ 1 - 79b)

2. Abschnitt - Die Tat (§§ 13 - 37)

4. Titel - Notwehr und Notstand (§§ 32 - 35)

§ 34 Rechtfertigender Notstand

„Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.“

Proklamation Deutsches Reich

2.) Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung UN Resolution 56/83 Kapitel 2, Artikel 10

- I. Das Verhalten einer aufständischen Bewegung, die zur neuen Regierung eines Staates wird, ist als Handlung des Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten.
- II. Das Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung, der es gelingt, in einem Teil des Hoheitsgebietes eines bestehenden Staates oder in einem seiner Verwaltung unterstehenden Gebiet einen neuen Staat zu gründen, ist als Handlung des neuen Staates im Sinne des Völkerrechts zu bewerten.

Hierbei geht es ausschließlich um die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der deutschen Heimatnation Deutsches Reich.

Notwendige Schritte zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus und Nazismus:

Voraussetzung: Alle Maßnahmen müssen unter internationaler Kontrolle und Beobachtung erfolgen. (UN, OSZE, BRIGGS)

1. Entnazifizierung = Rückführung in die Heimatangehörigkeit der deutschen Bevölkerung gemäß rechtsgültiger RuStAG vom 22. Juli 1913 -

Beweis Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetz vom 22. Juli 1913.

"Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Erster Abschnitt.

Allgemein Vorschriften.

§ 1. Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 3 bis 35) besitzt."

2. Berlin- Karlshorst 2: Bedingungslose Kapitulation des 3. Reiches durch Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel als letztes Glied in der Kette.

Damit sofortige Abschaltung der von der *Bundesrepublik Deutschland* weitergeführten deutschen Nazi-Kolonie als wirtschaftlicher, politischer und finanzieller Motor des internationalen Faschismus.

(Projekt 4. und 5. Reich der Neuen Welt Ordnung = NWO der Faschisten)

3.Nürnberg 2 bedeutet die endgültige Befreiung Deutschlands vom Faschismus über Einrichtung eines SHAEF-SMAD- Tribunals mit internationaler Strafverfolgung für alle Nazi- und Kriegsverbrecher durch die zuständige alliierte Hohe Hand.

4.Konferenz von Jalta 2 bedeutet umgehende Einrichtung einer Welt- Friedenskonferenz mit den Nationalen Übergangsrat als Vertretung Deutschlands zum Abschluss der Friedensverträge mit allen beteiligten Nationen und endgültige Aufhebung der UN- Feindstaatenklauseln.

5.Abzug der Alliierten Besatzungsmächte aus Deutschland.

Die nationale Übergangsregierung stellt sich weiterhin unter den Schutz der Weltgemeinschaft bis der Faschismus und Nazismus weltweit endgültig beseitigt ist.

6.Die Übergangsregierung Deutsches Reich:

Die nationale Übergangsregierung wird über den nationalen Übergangsrat in Abstimmung der Siegermächte c/o. Russland durch die Organisation staatenlos.info/ Kommission -146 Deutschland gebildet.

Notwendige Reformierung der historischen Weimarer Reichsverfassung (WRV) 1919 durch eine verfassungsgebende Versammlung- Verfassungskonvent.

Abstimmung der Verfassungsreform über eine allgemeine Volksabstimmung.

Schrittweise Umsetzung staatenlos.info - Heimat- und Friedensprogramm als globales Modellprojekt.

7.Gemeinsame Weltgemeinschaft

8.Aufbau z. B. einer gemeinsamen Eurasischen Union freier und unabhängiger Nationalstaaten mit Rückkehr zu den vielfältigen ethnischen Kulturen und ethisch- moralischen Werten.

9.Reformierung der Weltgemeinschaft freier, befreundeter Völker als Garant für den Weltfrieden, Wohlstand und Zukunft für alle Völker der Welt.

Ziel: Eine neue Weltordnung des Friedens und der Harmonie unter Einhaltung der natürlich - göttlichen Ordnung.

Bedingungen des Nationalen Übergangsregierung für das Deutsche Reich:

Proklamation Deutsches Reich

Marine

Ernährung, Land- & Forstwirtschaft

Gesundheit

Energie

Bildung & Wissenschaft

Kunst & Kultur

Familie & Soziales

Medien & Presse